

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 33/39
Telex: 08 85 846 pbbn d



Inhalt

William Borm zu den Folgen der Affäre Kohl/Wörner: Gespött für unseren Staat.

Seite 1

Wolfgang Clement, Vorstandssprecher der SPD, macht Randbemerkungen zum Auftritt des Herrn von Brauchitsch vor dem Flick-Untersuchungsausschuß: Ehrenhaftes Angiften.

Seite 3

Jan Oostergetelo MdB, Stellvertretender Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Agrarausschuß, fordert Maßnahmen zur Rettung der bäuerlichen Struktur: Bauernlegen verhindern.

Seite 5

Dr. Alfred Emmerlich MdB, Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion und Vorsitzender des Arbeitskreises Rechtswesen, gedenkt des jüngst verstorbenen ehemaligen Generalbundesanwalts Dr. Max Güde: Ein Mann des Ausgleichs.

Seite 7

Dokumentation

Willy Brandts Erwiderung auf Forderungen nach Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien auf dem AfA-Bundeskongreß in Karlsruhe.

Seite 8

39. Jahrgang / 25

3. Februar 1984

Kohl darf nicht länger regieren.

Die jüngste Affäre hat unseren Staat zum Gespött gemacht
Von William Borm

Roma locuta, res finita! So hieß es einst, wenn eine irgendwo in der damals bekannten Welt anhängige Sache nach Rom gebracht und dort entschieden worden war. Rom hat gesprochen, der Fall ist damit endgültig abgetan. Auch Bundeskanzler Kohl hat gesprochen, der derzeitige Verteidigungsminister Wörner verbleibt im Amt. Aber im Gegensatz zu einem Urteilsspruch aus Rom ist damit die Affäre Wörner/Kießling nicht nur nicht erledigt, sondern sie ist im Gegenteil nun erst recht brisant geworden. Es ist zwar ziemlich sicher, daß ein Mensch, der so wenig entschlußfreudig ist wie Bundeskanzler Kohl, wenn er schon notgedrungen entscheiden muß, er dann unangemessen, wenn nicht falsch entscheidet, aber das muß nicht immer so schwer wiegen, wie bei dem anhängigen Problem.

Innenpolitisch wird es keine Ruhe geben, weil das Gerechtigkeitsempfinden der Bürger empfindlich verletzt worden ist. Und das wiegt um so schwerer, weil Helmut Kohl leichtfertig alle Pfeile auf sich gezogen hat. Aus der Affäre Wörner hat er völlig überflüssigerweise mit beachtlichem Geschick eine Affäre Kohl gemacht und das hat zur Folge, daß von nun an nicht mehr nur ein Minister in der Schußlinie steht, sondern in der Person des Kanzlers das ganze Kabinett. Daß er es nun mit drei Problemministern zu tun hat, geht nicht nur ihn an, sondern ebenso die Bürger der Bundesrepublik Deutschland. Wir alle haben den Anspruch auf eine handlungsfähige, glaubwürdige, nach allen Seiten hin integre Regierung.

Bevor wir uns den unvermeidlichen Folgen im Ausland zuwenden, sollten wir uns der Genesis erinnern und des politischen Hintergrundes, vor dem die Tragikomödie abläuft und vor dem weitere Peinlichkeiten nicht nur möglich, sondern unvermeidlich sind.

Verlag:

Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10/217
5300 Bonn 2

Permittierter Umgang
mit dem Brief-Roboter
Rechnung Postnet



Für jeden Kenner der Materie war von Anfang an das hartnäckige Schweigen des reiselustigen und schnellzüngigen Vizekanzlers auffallend. Dennoch haben die Drähte zwischen den beiden Architekten der "Wende" geglüht. Ihr gemeinsames politisches Erzeugnis, die schwarz-blaue Koalition, geriet wieder einmal ins Gerede, diesmal durch menschliches Versagen eines Ministers. Dieser hatte einem höchsten General vorschnell die Ehre abgeschnitten, ohne pflichtgemäß ihm vorgelegte Verdachtsmomente ausreichend geprüft zu haben. Nachträglich erst ging auch er auf wenig appetitlichen Wegen auf Suche nach weiterem Material gegen General Kießling, das nachgeschoben wurde und ebensowenig beweiskräftig war. Das menschliche - dieses in erster Linie - und politische Versagen dieses Ministers macht ihn in echten Krisenzeiten untauglich für die Verantwortung, die er dann zu tragen hätte.

Wie üblich ziehen aus Bayern schwarze Schatten über Bonn und trüben den Blick der Akteure für das Wesentliche. Ihnen kam und kommt es auch in Zukunft vordringlich darauf an, den Bayern aus Bonn fernzuhalten, damit er das feine Gespinst aus Macht- und Interessenkungelei nicht beschädige. Was dem Volk und seiner geistlichen Zukunft nutzt, tritt dahinter zurück. Wie lange noch darf das die innenpolitische Maxime der Bundesregierung bleiben? Ihre Differenzen und Befürchtungen mögen die drei Parteivorsitzenden der heutigen Koalition unter sich ausmachen. Das dürfte um so leichter fallen, als bisher der Mann aus Bayern es einem zahnlosen Löwen gleichtut, der brüllt, aber nicht zubeißt.

Noch verantwortungsloser wirkt sich das Gebaren des Bundeskanzlers außenpolitisch aus. Sowohl in Europa als auch außerhalb unseres Erdteils gibt es genug Menschen, die den Deutschen nicht nur freundlich gesinnt sind. Vorkommnisse wie die mit Wörner und Kohl werden begierig aufgenommen und mit Häme kolportiert. Sie machen unseren Staat zum Gespött. Das ist tödlich! Wer das zu verantworten hat, darf nicht länger regieren. Dieser Filz aus innenpolitischem Eigennutz und Leichtsinne ist der Öffentlichkeit nicht länger zuzumuten. Auch die CDU hat, wenn es schon keine Neuwahlen gibt, außer den Herren Kohl, Wörner und Strauß andere Anwärter auf Reigerungsämter. Was über die FDP zu sagen wäre, kann bleiben bis zum nächsten Anlaß, der nicht lange auf sich warten lassen wird.

Und endlich! Kann man die Ehre eines Menschen dadurch wiederherstellen, daß man vorher abgesprochene Briefe austauscht und zu gegebener Zeit einen Schellenbaum anbietet? Viele Menschen halten das für abgeschmackte Routine.

(-/3.2.1984/ks/rs)

+ + +



Ehrenhaftes Angiften

Marginalien zum Auftritt des Herrn von Brauchitsch vor dem Flick-Untersuchungsausschuß

Von Wolfgang Clement
Vorstandssprecher der SPD

Der Flick-Untersuchungsausschuß des Deutschen Bundestages steht erst am Anfang, und noch wissen wir nicht einmal, ob und gegen wen der vom Staatsanwalt Beschuldigte es zu einem Strafverfahren wegen Bestechung resp. Bestechlichkeit kommen wird. Für endgültige Bewertungen der millionenschweren Vorgänge und der handelnden Figuren ist es also noch viel zu früh.

Das gilt auch nach dem Auftritt Eberhard von Brauchitschs vor dem Untersuchungsausschuß des Bundestages. Dies war eher ein unernstes Vorspiel - jedenfalls verglichen mit dem, was dem ehemaligen Flick-Manager noch vor dem Kadi bevorstehen dürfte -, und es verdient deshalb auch nur einige Anmerkungen und Randnotizen, nämlich diese:

1. Es ist für die namhaften Sozialdemokraten, die sich von Anfang an gegen die Steuerbefreiungen für den Flick-Konzern gewandt haben, nicht unehrenhaft, von Herrn von Brauchitsch angegiftet zu werden. Im Gegenteil.
2. Auf ganz andere Weise gilt das auch für Alfred Nau, von dem die ausgesuchte Schilderung von Brauchitschs - so verleumderisch sie gegen den ehemaligen Schatzmeister der SPD gewissermaßen posthum wirken sollte - genau den entgegengesetzten Eindruck vermittelte, nämlich den, daß dieser in Nau seinen Meister gefunden hatte.
3. Entscheidend ist, was Dieter Spöri als einer der schärfsten Kritiker der Steuerbefreiungen für Flick schon früher bekundet hat: Es hat von keinem Sozialdemokraten jemals den Versuch gegeben, andere durch Druck, Drohung oder finanzielle Verlockung in ihrer gegen die Flick'sche Begünstigung gerichteten Meinung zu beeinflussen.



4. Die sozialdemokratischen Gegner der Steuerbefreiung für Flick sind durch deren späte, viel zu späte Rücknahme, die Bundeswirtschaftsminister Lambsdorff unter dem Druck staatsanwaltschaftlicher Erkenntnisse vornehmen mußte, auf beispiellose Weise bestätigt worden.
5. Uns befällt keinerlei Neid oder Mißgunst angesichts der prominenten Repräsentanten und Amtsinhaber von Union und FDP, die Herren Friedrichs und Lambsdorff an der Spitze, die Herr von Brauchitsch bei seinem Auftritt vor dem Untersuchungsausschuß so auffällig schonte. Wir vertrauen auf den Rechtsstaat, von dem wir allerdings ein völlig anderes Verständnis zu haben scheinen, als es der ehemalige Flick-Manager gestern zu erkennen gab.

Fest steht schon heute, und andeutungsweise ist dies auch in der Aussage Brauchitschs herausgekommen: Das Bundeswirtschaftsministerium stand dem Flick-Konzern in der fraglichen Zeit in einer Weise offen, daß der ehemalige Generalbevollmächtigte sich dort gelegentlich wie zu Hause, wie in einer Filiale des Unternehmens, fühlen mochte. Diese Art Privatisierung staatlicher Institutionen und Verantwortlichkeiten halten wir, um es in der Sprache des amtierenden Wirtschaftsministers zu sagen, nicht einfach für "hirnrissig", wir halten sie für verwerflich, weil sie mindestens die Gefahr des Ausverkaufs von Interessen der Allgemeinheit an einige wenige Privilegierte beinhaltet.

(-/3.2.1984/ks/rs)

+ + +



Bauernlegen verhindern

Die Rettung der bäuerlichen Struktur macht nationale Maßnahmen erforderlich

Von Jan Oostergetelo MdB

Stellvertretender Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Agrarausschuß

Mit Unbehagen haben alle Interessierten und Betroffenen die Ergebnislosigkeit der EG-Gipfel von Stuttgart und Athen zur Kenntnis nehmen müssen. Die Auswirkungen dieses gesamteuropäischen Versagens der Regierungen werden nun konkret: Die Vorschläge zur Preistrunde liegen auf dem Tisch.

Und da es die finanzpolitischen Fakten kaum zulassen werden, daß sich das endgültige Ergebnis der Preistrunde von dem anvisierten Ziel der Null-Steigerung entfernt, werden wir über kurz in der Situation stehen, daß die Probleme der europäischen Landwirtschaft in den Zustand des Agrar-Desasters einmünden.

Die Schätzungen zum bäuerlichen Einkommen sagen eine Verminderung von über 20 Prozent für das Jahr 1983 voraus, eine große Zahl von umsatzschwachen Klein- und Mittelbetrieben ist in der Existenz bereits gefährdet. Weitere Jahre sinkender Einkommen - und auf nichts anderes wird das Reformversagen der europäischen Regierungen hinauslaufen - sind für diese Betriebe nicht durchzuhalten.

Denn die schlechten Einkommensergebnisse des Jahres 83 werden sich noch weiter verschlechtern, wenn unser Landwirtschaftsminister mit seinen Quotierungsplänen durchdringt und er zu deren Durchsetzung Abstriche am Grenzausgleich akzeptieren wird. Weitere Einkommenseinbußen in zweistelliger Höhe werden die unvermeidbare Folge sein.

Ein Bauernlegen großen Stils würde die Folge sein, wenn nicht aus höherer Einsicht doch noch eingegriffen wird. Können wir offensichtlich nicht die Situation ändern, daß die mit dem Ziel der Förderung der bäuerlichen Familienbetriebe angetretene Agrarordnung, diese faktisch vernichtet, so müssen wir, dort wo wir es ungehindert können, das uns Mögliche tun, die schlimmsten Auswirkungen abzubiegen. Und das heißt in nüchterner Betrachtung der europäischen Agonie: die unwiderrufliche Zerstörung des bäuerlichen Familienbetriebes ist nur durch nationale Maßnahmen abzuwenden.



Mit dieser Aussage möchte ich keineswegs einer Politik des Weg von Europa das Wort reden, aber ich muß aus der Entwicklung des letzten Jahres den Schluß ziehen, daß eine Reform der EG-Agrarordnung erst möglich wird, wenn eine - langfristigen Zielen dienende und an ihnen orientierte - Neukonzeption, der Last unmittelbarer Auswirkungen zu mindestens zum Teil enthoben ist.

Die Bundesregierung wäre gut beraten, wenn sie in Zukunft nicht vorschnell und allgemeinen Konsens in wichtigen Fragen reden würde, der sich anschließend wie in Athen, als Seifenblase entpuppt, sondern sich daran machen würde, ihre Hausaufgaben zu erledigen. Und die bedeuten, alles zu tun, um mit Frankreich Ebenen gemeinsamen Handelns zu finden, eine Voraussetzung für jeden Fortschritt in Europa, was die Kanzler Adenauer und Schmidt noch wußten und fleißig praktizierten.

Erst wenn es möglich ist in Europa zu beschließen, ohne daß unverzüglich das Sperrfeuer der "Besitzstandswahrer" den verantwortlichen Politikern den Heldentod beschert, wird der Weg der Reform begehbar sein.

Ein zweiter Grund, zu sofortigen nationalen Maßnahmen zu kommen, ist die simple Feststellung, daß wir es uns aus arbeitspolitischen, ökologischen und aus Gründen der Versorgungssicherheit nicht leisten können, dem Sterben des bäuerlichen Familienbetriebes zugunsten quasiindustrieller Großproduktion tatenlos zuzusehen.

Da es unter den Parteien der Bundesrepublik über die übergeordneten Ziele der Agrarpolitik kaum Meinungsunterschiede gibt, erscheint mir die Hoffnung auf einen Konsens in dieser Frage nicht unbegründet.

Die Rettung der europäischen Idee und die Sicherung und Erweiterung der EG erfordern diesen außergewöhnlichen Schritt ebenso, wie unsere Verantwortung gegenüber den Bauern und den auf sichere Versorgung angewiesenen Verbrauchern.

(-/3.2.1984/ks/rs)

+ + +



Dr. Max Güde war ein Mann des Ausgleichs

Die SPD gedenkt mit Respekt des ehemaligen Generalbundesanwalts

Von Dr. Alfred Emmerlich MdB

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion und
Vorsitzender des Arbeitskreises Rechtswesen

"Ich habe meinen Beruf immer ebenso als Dienst am Recht wie am Menschen verstanden. In die Politik will ich mitbringen was mich mein Beruf gelehrt hat: Nüchterne Betrachtung der Wirklichkeit, sachliche Abwägung der Interessen, um sie nach Billigkeit auszugleichen, und in allem den Willen zur Gerechtigkeit."

Mit diesen Worten umriß der jetzt verstorbene und damalige Generalbundesanwalt Dr. Max Güde vor der Bundestagswahl 1961 seine Vorstellungen über die Aufgabe als angehender Parlamentarier. Diese Sätze sind Leitlinie des gesamten öffentlichen Wirkens von Dr. Max Güde gewesen. Christentum und Humanität, verbunden mit der liberalen Tradition des deutschen Südwestens waren die prägenden Elemente seiner Tätigkeit in Justiz und Politik.

Nach dem Eintritt in den badischen Justizdienst wurde sein beruflicher Werdegang im Dritten Reich unterbrochen. Der den Nazis nicht genehme Jurist wurde 1933 für zwölf Jahre an das Amtsgericht Wolfach "in die Provinz strafversetzt". Seine steile juristische Karriere nach dem Kriege führte ihn 1956 in das Amt des Generalbundesanwaltes, das ihm Gelegenheit gab, sich mit vielbeachteten Stellungnahmen zu Fragen des Rechts weiter zu profilieren. Das Ausscheiden aus dem Amt des Generalbundesanwalts stand im Zusammenhang mit Differenzen zwischen ihm und dem politischen Senat des Bundesgerichtshofs, bei denen er - entsprechend seiner liberalen Tradition - die Verfolgung von Gesinnung und Ideologie ablehnte und dabei die Selbständigkeit seines Amtes vertrat.

1961 wurde er für die CDU in den Deutschen Bundestag gewählt, dem er bis 1969 angehörte. Im Bundestag hat sich Dr. Max Güde mit viel Ausdauer und großem Können vor allem der Strafrechtsreform gewidmet, und war von 1963 bis 1969 Vorsitzender des vom Bundestag eingesetzten Sonderausschusses. Auch hier kam ihm seine Fähigkeit zustatten, bei allem Engagement nüchtern und sachlich zu bleiben und den Ausgleich zu suchen.

Die SPD gedenkt mit Respekt Dr. Max Güde.

(-/3.2.1984/ks/rs)

+ + +



DOKUMENTATION

Im Rahmen seiner Rede vor der AfA-Bundeskonferenz in Karlsruhe äußerte sich der SPD-Vorsitzende Willy Brandt am 29. Januar auch zur Forderung der Delegierten nach Vergesellschaftung von Schlüsselindustrien. Diese Passage, die in der vorab erstellten Pressefassung der Rede nicht enthalten war, ist in den Medien unterschiedlich aufgegriffen und zum Teil ohne sachlichen Zusammenhang kommentiert worden. Wir dokumentieren den Rede-Auszug im folgenden nach dem Tonbandmitschnitt.

Willy Brandt zu Forderungen nach Vergesellschaftung von Schlüsselindustrien

"Nun wäre es eigenartig, wenn ich nicht ein Wort sagte zu einigen Beschlüssen, die Ihr gestern zur Vergesellschaftung von Schlüsselindustrien gefaßt habt. Ich bin nicht dazu da, die AfA-Konferenz zu zensieren, und ich habe im übrigen nicht die Angst mancher Genossen, daß man wegen der Rechtspresse das Thema, öffentliche Verantwortung größer zu schreiben, überhaupt nicht anrühren dürfe. Dieser Meinung war ich nicht und bin ich nicht. Ich sage Euch, ich verstehe Eure tiefe Unzufriedenheit, die in Wirklichkeit, und das soll man draußen auch ruhig spüren, eine Wut ist, eine Wut über die, die nichts anderes darzustellen vermögen, als ihre abgegriffenen Formeln - immer noch mal - von der Marktwirtschaft und was weiß ich zu wiederholen, als ob davon die Dinge besser würden. Das verstehe ich, und trotzdem rate ich davon ab, uns übertriebenerweise in eine Instrumentendebatte zu verheddern.

Ich will das begründen. Und ich sage dabei grundsätzlich nichts Neues: daß zentral geleitete Planwirtschaften überwiegend nicht gut funktionieren, hat sich in Westeuropa herumgesprochen und ist unter der Decke sogar Gegenstand von manch schwieriger Meinungsbildung in den Staaten der zentralen Verwaltungswirtschaft. Und daß andererseits ein vernünftig eingesetzter öffentlicher Sektor, nehmt Österreich zum Beispiel, die Erreichung der ökonomischen Ziele des Sozialstaats erleichtern kann, das bestreiten nur ganz stur festgelegte Neokonservative.

Politik findet aber nicht, wissen wir doch auch, in Situationen eines keimfreien Laboratoriums statt. Sondern Politik findet unter ganz konkreten Umständen statt. Und deswegen sage ich Euch, und das wissen auch alle mit mir, wir wissen es miteinander: Die Probleme mancher Unternehmen, die zum Bundeseigentum gehören, sind natürlich nicht von vornherein leichter als die mancher privatverfaßter Unternehmen.

Ich wundere mich im übrigen überhaupt nicht darüber, wenn Vertreter unserer Arbeitnehmer Vergesellschaftungsforderungen stellen. Nicht Verstaatlichung, wie ich das in der Presse schon gelesen habe. Das wird ja immer auch noch mal durcheinander gebracht, als ob die stärkere öffentliche Verantwortung, als ob die einfach bedeutet, der Staat solle mit seinen Beamten alles Mögliche übernehmen. So ist das ja nicht gemeint. Aber ich sage, ich wundere mich deswegen nicht, wenn solche Forderungen von unseren Arbeitnehmern gestellt werden, weil die Regierung sie ohne Perspektive läßt und sie ohne vernünftige Alternative läßt. Und deshalb ist der Hauptpunkt, daß wir uns hier nicht in einen Streit verheddern, sondern daß wir uns miteinander gegen diese Regierung auflehnen, die keine Alternative und keine Perspektive zu bieten hat.



Trotzdem muß ich daran erinnern dürfen, was die Verstaatlichung - wenn man diesen Begriff aus den Meldungen nun aufnehmen will -, was die Verstaatlichung der Stahl- und Automobilindustrie in einigen Nachbarländern gebracht hat. Ich sage - damit das hier noch mal deutlicher gemacht wird, wie wir mit diesem Problem umgehen - ich sage, in einigen Nachbarländern ist bei einem Aufwand von ziemlich viel Milliarden an Subventionen eine krisenhafte Lage nicht überwunden worden, eben weil es in Europa und der Weltwirtschaft so aussieht, wie es aussieht. Am Ende standen dann doch Massenentlassungen.

Deshalb, Industriepolitik mit gesicherten Arbeitsplätzen und sorgfältiger Interessenwahrnehmung, was den Inhalt der Arbeit angeht, ist heute und morgen noch wichtiger als die Frage der Eigentumstitel. Ich sage noch mal: Es kann unter bestimmten Umständen sinnvoll sein, und das ist ja schon im Godesberger Programm drin, und vorher war es auch schon drin, in einem bestimmten Sektor der Wirtschaft öffentliches Eigentum zu schaffen. Aber eine Vergesellschaftung im Sinne von Verstaatlichung herabgewirtschafteter Unternehmen löst die Probleme natürlich nicht.

Wohin es führt, wenn man bei uns die Eigentumsfrage unklar stellt, hat neulich ja auch erst der Streit um die Quellensteuer gezeigt. Das führt leicht zur Solidarisierung des kleinen mit dem großen Eigentum, und auch deshalb rate ich bei der weiteren Diskussion dieser wichtigen Frage nicht zu Feigheit, wie käme ich dazu, aber zu Behutsamkeit. Im übrigen: erstens, die Frage der wirtschaftspolitischen Perspektiven wird zentraler Punkt unserer Programmdebatte der nächsten Jahre sein, die nicht davon handelt, Godesberg zu ersetzen, aber es zu ergänzen und, gestützt auf die Erfahrung, weiterzuentwickeln. Und dabei wird eine neue Definition öffentlicher Verantwortung in der Wirtschaft eine zentrale Rolle spielen.

Zweitens, in Essen auf dem Bundesparteitag im Mai, werden wir uns der Wirtschaftspolitik im weiteren Sinne des Wortes als dem gegenwärtigen Schwerpunktthema zuwenden und dabei nicht versäumen, ein, wie auch hier gefordert, Konzept für die Stahlindustrie zu unterbreiten.

Drittens, es ist ganz gewiß richtig, Strukturpolitik endlich groß zu schreiben und dabei Strukturpolitik nicht abstrakt und insofern politikfern zu sehen, sondern hineinzubringen, daß die mitbestimmende Komponente von Gewerkschaften und Betriebsräten groß zu schreiben ist.

In diesem Sinne nehme ich gerne auf, was diese Bundeskonferenz vom Parteivorstand erwartet und womit sich der Parteitag im Mai zu befassen haben wird."

(-/3.2.1984/ks/rs)

++ + +

Vernünftiger Umgang
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier

